

## Keine weiteren öffentlichen Gelder für den privaten Profifußball!

Zur heutigen Ratssitzung und der Entscheidung über erneute finanzielle Unterstützung des VfL Osnabrück durch die Stadt äußern sich die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Dem VfL Osnabrück ist es gelungen in die 2. Bundesliga aufzusteigen. Dazu auch von unserer Fraktion herzliche Glückwünsche an alle Beteiligten. Wir wissen um die integrative und wichtige Bedeutung des Fußballs für viele Menschen in unserer Stadt.

Ein Aufstieg in die nächsthöhere Spielklasse bringt aber leider nicht nur Freude mit sich. Die Deutsche Fußball Liga (DFL) stellt Anforderungen an die Vereine in der 2. Liga, die zu einem großen Teil nicht nachvollziehbar sind. In einem ersten Schritt soll der VfL nun über die OBG 3.200.000 € für kurzfristige Maßnahmen bekommen, darunter auch die Machbarkeitsstudie eines potentiellen Stadionumbaus. Aber warum braucht es unbedingt 15.000 überdachte Sitzplätze, wenn bereits 13.000 vorhanden sind? Es macht doch keinen Sinn dafür drei Tribünen abzureißen und neuzubauen.

Wir sehen hier deutlich die Gefahr eines **Fass ohne Boden**, in das sich die Stadt Osnabrück hier **zum wiederholten Male** Steuergelder hineinwirft.

Und Osnabrück ist kein Einzelfall. In der gesamten Bundesrepublik werden die privaten Fußballvereine aus den öffentlichen Haushalten kofinanziert und am Leben gehalten. Zeitgleich berichtet die DFL von Umsatzrekorden. So beliefen sich die Gesamterlöse der 36 Klubs aus der 1. und 2. Liga in der Saison 2017/2018 auf 4,42 Milliarden € - Tendenz der letzten Jahre deutlich steigend: Im Jahr 2010 waren es noch 1,94 Milliarden €. **Dieses System darf nicht weiter unterstützt werden!** Es braucht von der DFL und dem DFB eine ausreichende finanzielle Förderung der kleinen Vereine, die zwischen 2. und 3. Liga pendeln. Unser städtischer Haushalt ist nicht dafür da private Vereine bis ins Unermessliche zu unterstützen und die immer weitere Kommerzialisierung des Fußballs mitzufinanzieren. Der Wirtschaftssektor Fußball ist in der Bundesrepublik groß genug um die Probleme selber zu lösen.

Unser Fazit kann daher nur sein, die Vorlage und damit weitere finanzielle Unterstützung für den VfL abzulehnen. Das Finanzierungssystem muss grundsätzlich in Frage gestellt und reformiert werden. Um das zu erreichen muss die Stadt aufhören ein Teil davon zu sein. Auch wenn es weh tut, aber es ist an der Zeit kein weiteres Geld in das Fass ohne Boden zu versenken. Wir sagen konsequent NEIN zu weiteren öffentlichen Geldern für den Wirtschaftssektor Fußball!“

## Ja zur kommunalen Wohnungsgesellschaft - Bürger\*innenentscheid schnellstmöglich umsetzen!

Zum erfolgreichen Bürger\*innenentscheid zur Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft und der heutigen Ratssitzung äußern sich die Ratsfrauen der Fraktion DIE LINKE. Giesela Brandes-Steggewentz und Heidi Reichinnek:

„Das Ergebnis des Bürger\*innenentscheid freut uns sehr. Wir möchten uns bei allen Beteiligten herzlich bedanken! Ein besonderer Dank geht dabei explizit an das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, dass in monatelanger Arbeit hier ein tolles Zeichen von demokratischer Bürger\*innenbeteiligung abgeliefert hat. Das Votum der Osnabrücker\*innen ist deutlich: es braucht einen Kurswechsel in der städtischen Wohnungspolitik. Der Markt regelt es nicht, die Stadt muss selber aktiv werden. Nur so können wir bezahlbaren und guten Wohnraum für alle herstellen und dauerhaft sichern!

Es ist jetzt wichtig, dass die Verwaltung schnell tätig wird. Dafür müssen wir als Rat heute einen deutlichen Beschluss fassen und die Weichen in die richtige Richtung stellen. Dabei ist es sehr wichtig, das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum bei der Ausgestaltung der Wohnungsgesellschaft zu beteiligen. Es werden jetzt in den kommenden Wochen und Monaten die Diskussionen über die konkrete Ausgestaltung der kommunalen Wohnungsgesellschaft zu führen sein. Hier stellen sich neben den Fragen nach Rechtsform und Finanzierung, vor allem die Frage nach Beteiligung des Bündnis für bezahlbaren Wohnraum, der zukünftigen Mieter\*innen und der Politik. Wir müssen gemeinsam ein Konstrukt finden, dass die Wünsche und Vorstellungen aller Beteiligten möglichst optimal verbindet.

Wichtig ist, dass wir eine kommunale Wohnungsgesellschaft gründen, die nicht bei wechselnden Ratsmehrheiten schnell wieder verkauft werden kann, sondern im Zweifel nur unter hohen Hürden, z.B. eines erneuten Bürger\*innenentscheid.“